

**PRESSE-
KONFERENZ**

03.09.2015

Allianz für Gerechtigkeit

Moderne ArbeitnehmerInnenpolitik vor dem Hintergrund von
Mindestlöhnen, Arbeitszeit, Vermögenskonzentrationen &
Erbchaftssteuern

REINER HOFFMANN

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

ERICH FOGLAR

Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes

RUDI KASKE

Präsident der Bundesarbeitskammer



Europa steht heute vor zahlreichen sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen. Dazu zählen die alarmierend hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere bei der Jugend, sowie die wachsende Ungleichheit zwischen und innerhalb der EU-Staaten. Die Folge davon ist Lohn- und Sozialdumping auf der einen Seite, ruinöser Steuerwettbewerb und Steueroasen als Geschäftsmodell einiger Mitgliedsstaaten auf der anderen. All dies gefährdet den sozialen Frieden, das Vertrauen in die Demokratie und den Zusammenhalt innerhalb der Gesellschaft. Die führenden ArbeitnehmerInnenvertreter Deutschlands und Österreichs wollen gegen das europaweit fortschreitende Auseinanderdriften auftreten und eine grenzüberschreitende „Allianz für Gerechtigkeit“ bilden.

Um der europaweit fortschreitenden „Ungleichheit“ entgegenzuwirken, präsentierten die Präsidenten Foglar (ÖGB) und Kaske (AK) sowie DGB-Vorsitzender Hoffmann im Rahmen der Alpbacher Wirtschaftsgespräche eine Reihe von Maßnahmen, die für mehr Gerechtigkeit in Wirtschaft und Gesellschaft sorgen sollen.

Dazu AK-Präsident Rudi Kaske:

„Eine Gesellschaft funktioniert nur dann, wenn alle ein Stück vom Kuchen haben können, und sich der gesellschaftliche Reichtum nicht auf einige Wenige konzentriert. Der Ruf nach mehr Gerechtigkeit ist kein Minderheitenprogramm, denn der Großteil der ÖsterreicherInnen sieht die wachsende Ungleichheit mit Sorge. In einer aktuellen Studie mit Daten der Nationalbank stimmen 85% gänzlich oder teilweise zu, dass zu großer Reichtum einiger weniger zu Problemen in der Gesellschaft führt. Das ist ein klares Zeichen, dass Verteilungsgerechtigkeit ein drängendes Thema unserer Zeit ist – von der jüngeren bis zur älteren Generation. Wir wollen Verteilungsgerechtigkeit für die Mindestpensionistin, genauso wie für jene Kinder, bei denen von Geburt an feststeht, dass sie es aufgrund ihrer Herkunft schwieriger im Leben haben werden als andere.

Denn Verteilungsgerechtigkeit ist die Grundlage für die Stabilität und Ausgewogenheit einer Gesellschaft sowie die Basis für politische Teilhabe aller Gesellschaftsschichten. Zu große Ungleichheit wird hingegen schnell zu einer Gefahr für die Demokratie und entwickelt eine bedrohliche Schieflage in der politischen Einflussnahme.

Die steigende Ungleichheit ist eine internationale Entwicklung, weshalb wir über die Grenzen hinweg gemeinsam mit Verbündeten gegen Ungleichheit ankämpfen und Gerechtigkeit herstellen wollen. Chancengleichheit muss sich in der Sozial- und Wirtschaftspolitik widerspiegeln. Unsere Devise lautet daher: Dynamik statt Dynastien! Dabei spielt der Wohlfahrtsstaat eine wichtige Rolle, denn dieser stellt das notwendige Umfeld (Infrastruktur, Bildung, etc.) für die wirtschaftliche Prosperität eines Landes zur Verfügung und schafft zugleich sozialen Ausgleich innerhalb der Gesellschaft bzw. zwischen den Generationen. Das zentrale Instrument zur Förderung von gesellschaftlicher Mobilität und sozialem Ausgleich ist eine Erbschaftssteuer, da sonst das Glückslos in der Geburtslotterie über die Zukunft der Kinder entscheidet. Hier besteht akuter Handlungsbedarf, denn Österreich ist bei der Vermögensungleichheit Europameister, gehört bei den vermögensbezogenen Steuern aber zu den Schlusslichtern.“

ÖGB-Präsident Erich Foglar hält fest:

„Was wir derzeit in Europa erleben, ist eine Politik, in der Lohn-, Sozial- und Steuerdumping zum Generalprinzip erklärt wird. Aber diese ständige Nivellierung nach unten wird Europa nicht aus der Krise führen. Statt Lohndumping brauchen wir höhere Mindestlöhne, denn sie sichern Kaufkraft, sie sorgen für Konsum, und nur das schafft Wachstum. Was wir brauchen sind Investitionen. Der rigide Sparkurs lässt die Wirtschaft stagnieren und zwingt immer mehr Menschen ins Prekariat. Finanzkapitalistische Strategien und der allgegenwärtige Sparstift sind keine Antworten auf die drängenden sozialen Probleme unserer Zeit.

Angriffe auf die Kollektivvertragshoheit der Gewerkschaften, die immer wieder von der Europäischen Kommission gestartet werden, sind kontraproduktiv. Häufig in Frage gestellt wird auch die „Benya-Formel“: Dabei handelt es sich um die Übereinkunft zu einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik, wonach sich die Lohnerhöhungen neben der Inflationsrate auch an der Produktivitätserhöhung orientieren sollen. Dieses Instrument gibt es seit den 1970er Jahren und es ist auch ein Grund dafür, dass wir als eines der Länder in der Eurozone eine Lohnpolitik zu Hartwährungsbedingungen verfolgen konnten. Es ist damit auch gelungen, den Anteil der ArbeitnehmerInnen am

Produktionsfortschritt zu sichern. In Zukunft sollten Modelle, die diesen Anteil auch als Freizeitoption abgelten, an Bedeutung gewinnen.

Aber auch Österreich ist keine „Insel der Seligen“. Gerade hierzulande ist Vermögen keineswegs gerecht verteilt. Die reichsten 10 Prozent der Bevölkerung besitzen mehr als 860 Milliarden Euro. Nirgendwo sonst in Europa ist die Konzentration derart hoch. Während man aber durch Arbeit so gut wie nie Vermögen erwirtschaften kann, ist das durch Erben oder reich Heiraten durchaus möglich. Vermögen haben sich vor allem darum weiter konzentriert, weil die Kapitalrenditen über dem Wirtschafts- und Lohnwachstum liegen. Geld anzulegen ist demnach profitabler, als zu arbeiten. Das lässt nur einen Schluss zu: Banken und die Finanzmärkte dürfen die Regeln nicht länger vorgeben. Die Politik muss dieses Primat zurückerobern. Dieses Ziel kann aber nicht nur im nationalstaatlichen Rahmen erreicht werden, vielmehr braucht es gerade bei Fragen der Regulierung der Banken und Finanzmärkte europäische Lösungen.“

DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann meint:

„Die Ungleichheit der Vermögen in Österreich und Deutschland ist größer als in vielen anderen Industriestaaten - für zwei der reichsten Länder der Welt ein Armutszeugnis! Hier gilt öfter als anderswo: Wenige haben viel, Viele haben wenig. Hinzu kommt, dass die Löhne einen immer kleineren Anteil am Volkseinkommen bilden – während der Anteil der Vermögens- und Unternehmereinkommen steigt. Das muss sich ändern. Arbeit muss wieder honoriert werden. Es kann nicht dabei bleiben, dass der Wohlstand eines Landes steigt, aber Arbeitnehmer immer weniger davon haben. Immer mehr Menschen kritisieren zu Recht die einseitigen Hilfen für die Banken und fordern mehr Gerechtigkeit. Aber eine gleichmäßige Verteilung der Einkommen und Vermögen ist nicht nur aus Gerechtigkeitsaspekten, sondern auch aus ökonomischer Sicht mehr als notwendig. Mehrere Untersuchungen, wie von der OECD oder des IWF, belegen, dass durch Ungleichheit dauerhaft Wachstumspotentiale verloren gehen.

Ungleichheit ist kein Naturgesetz, sondern Folge einer jahrzehntelange Politik der Umverteilung von unten nach oben. Die Missstände sind offensichtlich und eklatant. Sie müssen endlich angegangen werden. Wir brauchen einen neuen öffentlichen Diskurs in verteilungspolitischen Fragen und eine Wirtschaftspolitik, die konsequent gerechtere Verteilung unterstützt. Es gibt eine Vielzahl von wirtschafts- und steuerpolitischen Stellschrauben, die bei Weitem noch nicht ausgeschöpft sind.

Wir brauchen höhere Löhne und ein gerechteres Steuersystem. Prekäre Beschäftigung muss zurückgedrängt werden. Reiche und Vermögende müssen sich stärker an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligen. Dann wären höhere Investitionen in Bildung und Qualifizierung, in Infrastruktur, in Innovation und Forschung finanzierbar. Dann hätten Millionen Menschen eine bessere Zukunft.

Mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohnes in Deutschland dieses Jahr wurde bereits ein Anfang für mehr Verteilungsgerechtigkeit gemacht. Der Mindestlohn in Deutschland ist ein Erfolgsmodell - allen vorherigen Unkenrufen zum Trotz. Er verbessert die Einkommenssituation Millionen Beschäftigter, kurbelt den Konsum an und stärkt damit die Wirtschaft. Erst gerade hat die Deutsche Bundesbank festgestellt, dass besonders ostdeutsche Niedriglöhner durch den Mindestlohn mit bis zu zweistelligen Lohnzuwächsen kräftig profitieren. Fakt ist aber auch: Für die Gewerkschaften bleiben Tarifverträge weiterhin das Ziel. Denn sie regeln mehr als nur Mindeststandards.

Es bleibt viel zu tun. Die Politik muss nun umsteuern und die Missstände endlich beheben. Die Verteilungsfrage ist keine Frage des Sozialneides, sondern der Zukunft. Deshalb brauchen wir mehr denn je eine ‚Allianz für Gerechtigkeit‘.“

Die vorgeschlagenen Maßnahmenpakete im Überblick:

1) Lohnpolitik

Die Einkommenssituation der Beschäftigten muss sich spürbar verbessern. Auch können von sinkenden oder allenfalls stagnierenden Reallöhnen keine Impulse für den Konsum ausgehen. Lohnerhöhungen sind das Gebot der Stunde. Die Arbeitgeber sind aufgefordert, ihrer Verantwortung für die Lohnfindung von Millionen Beschäftigten in Tarifverhandlungen nachzukommen. Es bedarf einer produktivitätsorientierten Reallohnpolitik, also einem Zuwachs der Löhne und Gehälter, der mindestens die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität plus die Preissteigerungen berücksichtigt – und dies dauerhaft. Wo je nach Situation der jeweiligen Branche erforderlich, empfehlen sich auch Lohnerhöhungen per Sockelbetrag, um die unteren Entgelte prozentual stärker anzuheben. Ebenso sollte vermehrt auch die Möglichkeit von Abgeltungen in Freizeit (wie

zB. im österreichischen Kollektivvertrag der Elektro- und Elektronikindustrie) geschaffen werden.

Spezielle Situation in Deutschland:

Der Anfang dieses Jahres in Deutschland eingeführte gesetzliche Mindestlohn darf nicht weiter ausgehöhlt werden. Die Ausnahmen im Mindestlohngesetz, wie z. B. für Langzeitarbeitslose, sind zurückzunehmen. Es ist darauf zu achten, dass das Gesetz eingehalten wird. Dazu sind z.B. die Arbeitszeiten zu dokumentieren. Verstöße gegen das Mindestlohngesetz müssen gemeldet und entsprechend sanktioniert werden. Hierzu bedarf es personell gut ausgestatteter Kontrollbehörden.

Die Arbeitgeber dürfen sich dieser Verantwortung nicht durch das Ermöglichen von „Mitgliedschaften ohne Tarifbindung“ oder durch Austritt aus Arbeitgeberverbänden entziehen.

Zudem ist das Instrument der Allgemeinverbindlicherklärung, womit auch nicht tarifgebundene Arbeitgeber und Beschäftigte der Geltung eines Tarifvertrages unterworfen werden können, verstärkt einzusetzen. Der Anteil der Tarifverträge, die für allgemeinverbindlich erklärt werden, müssen erhöht werden. Dies stärkt die Tarifautonomie und wirkt Lohndumping und unfairen Wettbewerbsverzerrungen über die Löhne entgegen.

Spezielle Situation in Österreich:

Im Unterschied zu Deutschland ist in Österreich kein gesetzlich geregelter Mindestlohn notwendig, solange die Kollektivvertragsdeckung zu 98 Prozent für faire Löhne bei den unselbständig Beschäftigten sorgt (Deutschland 60 Prozent). Dieser spezifisch österreichische Weg der sozialpartnerschaftlichen Lohnpolitik hat sich auch in Zeiten der Krise sehr bewährt und sollte beibehalten werden.

Eine besondere Herausforderung in Österreich ist der grenzüberschreitende Arbeitsmarkt. Hier haben wir zwar mit dem Lohn- und Sozialdumpinggesetz ein sehr gutes Instrument, um gegen das Nichteinhalten von Gesetzen vorzugehen. Wir müssen aber noch mehr Anstrengungen unternehmen, dieses Gesetz auch zu exekutieren. Besonders die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Behörden gehört verbessert.

Dort wo kein Kollektivvertrag gilt – das heißt beispielsweise bei freien Dienstnehmern – muss dennoch eine angemessene und ortsübliche Entlohnung garantiert sein. Sollten sich ArbeitgeberInnen nicht an Kollektivverträge und die darin vereinbarte Entlohnung halten, braucht es aus unserer Sicht unbedingt Sanktionen.

Ein weiteres zentrales Element einer sozial gerechten Lohnpolitik ist die Schließung der Einkommensschere zwischen Frauen und Männern. Mögliche Gegenmaßnahmen sind beispielsweise die Anhebung der kollektivvertraglichen Mindestlöhne, eine stärkere Anhebung bei niedrigen Einkommensgruppen, eine bessere Anrechnung von Vordienstzeiten und Karenzzeiten des Mutterschutz- bzw Väterkarenzgesetzes auf dienstbezogene Ansprüche.

Teil der Lohnpolitik muss auch die steuerliche Entlastung der Einkommen von ArbeitnehmerInnen in Österreich sein. Der Faktor Arbeit ist in Österreich grundsätzlich stärker belastet als der Faktor Kapital. Deshalb ist es umso begrüßenswerter, dass der Nationalrat im Juli dieses Jahres die größte Lohnsteuerentlastung seit 40 Jahren beschlossen hat. ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen werden jährlich um fünf Milliarden Euro entlastet. Diese Reform wurde von ÖGB und AK initiiert, die im Jahr 2014 die gemeinsame Kampagne „Lohnsteuer runter!“ gestartet haben und dafür österreichweit mehr als 882.000 UnterstützerInnen gewinnen konnten.

2) Bessere Verteilung der Arbeit

Eine grundsätzliche Umverteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, etwa durch eine Reduktion der Arbeitszeit, könnte die besorgniserregenden Arbeitslosenraten dämpfen. Eine ausgewogene Balance von Arbeits- und Freizeit wäre sowohl eine Entlastung für alle, die zu viel arbeiten und dadurch erkranken, als auch für jene, die Arbeit suchen.

Konkrete Maßnahmen für Österreich, aber auch andere europäische Länder, könnten sein:

- Verhinderung unfreiwilliger Überstunden (Straftatbestand bei systematischer Vorenthaltung von Über- und Mehrstundenentlohnung) und Verteuerung der Überstunden für ArbeitgeberInnen (+ 1 Euro pro Überstunde, ergeht zu je 50% an die Arbeitslosenversicherung und an die Krankenversicherung)
- Einschränkung für All-In-Verträge
- neue Möglichkeiten zur individuellen Arbeitszeitverkürzung durch Weiterentwicklung der Kurzarbeit und des kollektivvertraglichen Erfolgsprojekts der Freizeioption
- sechste Urlaubswoche für alle ArbeitnehmerInnen
- gesetzlicher Anspruch auf bezahlten Papamonat

Quelle: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/arbeitsmarktgipfel-was-uns-die-regierung-schuldig-ist/>

3) Qualitativ hochwertige Arbeitsplätze schaffen, leichter Zugang speziell auch für Frauen

Teilzeit und andere atypische Beschäftigungen nahmen seit 2008 stark zu (rund 24 Prozent), während Vollzeitbeschäftigungsverhältnisse um rund drei Prozent gesunken sind. Teilzeitbeschäftigte weisen geringere Bruttostundenlöhne auf als Vollzeitbeschäftigte (siehe Abschnitt Einkommensungleichheit, Aussagen) und sehen sich zu dem mit einem deutlich höheren Armutsrisiko konfrontiert. Wir fordern daher qualitativ hochwertige Arbeitsplätze, mit guten Arbeitsbedingungen und einer fairen Entlohnung, um dem „working poor“-Phänomen entgegenzuwirken.

Mehr und bessere elementare Bildungseinrichtungen mit längeren Öffnungszeiten, Ganztageschulen und Pflegeangebote schaffen die Voraussetzungen, die Frauen den Zugang zu qualitativ hochwertigen Arbeitsplätzen ermöglichen. Zusätzlich braucht es Anreize für die partnerschaftliche Teilung der Betreuungspflichten, etwa bei den Karenzregelungen.

Frauen, die mehr Stunden arbeiten möchten, sollen die Chance dazu bekommen: Innerhalb der Betriebe sollen Teilzeitbeschäftigte zuerst über Stellen mit einem höheren Stundenausmaß informiert werden – und auch bei der Arbeitsvermittlung soll der Wunsch nach einer Mindeststundenanzahl verpflichtend berücksichtigt werden.

(Quellen: Sozialbericht 2013-2014, s.375ff; OECD 2015)

4) Erbschaftssteuern und Vermögenssteuern einführen

Die Besteuerung von Erbschaften und Schenkungen bzw. Steuern auf besonders hohe Vermögen haben zahlreiche positive Effekte:

- Sie sind wachstumsfördernd, da diese leistungslosen Einkommen ohnehin kaum für den Konsum verwendet werden, die Steuereinnahmen aber für gesellschaftlich notwendige Investitionen eingesetzt werden könnten. (Diese Einschätzung wird auch von IWF und OECD geteilt.)
- Sie reduzieren die Konzentration von Vermögen und stärken somit die soziale Mobilität und die Chancengleichheit.
- Einher mit der Konzentration von Vermögen geht auch eine Schieflage von politischer und wirtschaftlicher Macht (bspw. durch Lobbying): durch die Besteuerung von besonders hohen Vermögen können diese demokratiepolitisch gefährlichen Entwicklungen abgeschwächt werden.
- Im Gegenzug besteht außerdem die Möglichkeit, durch die Mehreinnahmen aus vermögensbezogenen Steuern eine Entlastung von Arbeitseinkommen zu erzielen. Dies könnte vor allem für geringe Einkommen eine verbesserte Lebensgrundlage bieten und somit auch positive wirtschaftliche Effekte (durch verstärkten Konsum) zur Folge haben.
- Während in Deutschland ein immer größerer Teil des Staatshaushaltes aus der Lohnsteuer bestritten wird, verlieren Steuern mit deutlichem Bezug zu Gewinnen und großen Vermögen zunehmend an Bedeutung. Von der Senkung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer, der pauschalen Abgeltungssteuer und der unzureichenden Erbschaftsteuer profitieren vor allem die reichsten 10 Prozent. Deshalb müssen sich die Entlastungen bei der Lohnsteuer auf die unteren und mittleren Einkommen konzentrieren. Um einen handlungsfähigen Staat zu gewährleisten, müssen der Spitzensteuersatz angehoben und Abgeltungssteuer abgeschafft werden. Dividenden und Zinsgewinne sind wieder zum persönlichen Einkommensteuersatz zu besteuern. Mit der Vorzugsbehandlung bestimmter Vermögensarten in der Erbschaftsteuer muss endlich Schluss sein.

5) Steueroasen trocken legen, Stiftungen transparent gestalten

Gabriel Zucmans Buch „Steuroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird“ macht deutlich, wie viel privates Finanzvermögen (etwa acht Prozent des gesamten privaten Finanzvermögens, also ca. 5.800 Milliarden Euro) in Steuroasen verschoben wird. Zucmans Schätzungen nach entgehen den Staaten auf diese Art weltweit etwa 130 Milliarden Euro an Steuereinnahmen pro Jahr. Die wichtigste Forderung ist jene nach Transparenz, also beispielsweise die Meldung von Vermögens- und Kapitaltransfers in als Steuroasen eingestufte Länder. Banken und FinanzdienstleisterInnen wären als direkter Ansatzpunkt geeignet.

Transparenz ist auch bei Stiftungen gefordert. Privatstiftungskonstruktionen und Trusts werden international benutzt, um Steuern zu vermeiden bzw. zu umgehen. Auch hier ist die Registrierung mit Offenlegung der Eigentumsverhältnisse erforderlich.

Quellen:

<http://wien.arbeiterkammer.at/zucman>,

http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Studie_Steuerflucht.pdf

6) Europaweit koordinierte Steuerpolitik mit effektiven Kontrollmechanismen

Die in den Medien zu Recht angeprangerte Praxis der Gewinnverlagerungen zur Steueroptimierung von multinationalen Konzernen führt ebenfalls zu großen Steuerausfällen. Eine europaweit koordinierte Steuerpolitik könnte laut Zucman die Einnahmen aus Körperschaftssteuern um 30 Prozent steigern und somit auch zu mehr Fairness gegenüber anderen SteuerzahlerInnen führen.

Ein automatischer Informationsabgleich zwischen den europäischen Ländern, die weltweite Aufhebung des Bankgeheimnisses (zumindest gegenüber der Finanzverwaltung) sowie eine internationale Vernetzung von Steuerprüfungen sind wesentliche Grundvoraussetzungen.

Eine europaweite Harmonisierung der Steuergesetzgebung könnte dem Wettbewerb nach unten ein Ende zu setzen. Dazu ist mehr Einheitlichkeit bei der Bemessungsgrundlage der Körperschaftsteuer in den EU-Ländern notwendig. Gerade der automatische Informationsaustausch zwischen den Mitgliedstaaten über Steuervorbescheide für große Konzerne würde die aggressive Steuerflucht eindämmen.

Quellen:

<http://wien.arbeiterkammer.at/zucman>,

http://media.arbeiterkammer.at/wien/PDF/studien/Studie_Steuerflucht.pdf

7) Finanzmärkte regulieren

Die Finanzmärkte müssen adäquat reguliert werden. Die letzte Krise offenbarte eindrücklich, dass gerade die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Leidtragenden ökonomischer Verwerfungen waren. Mit einer Finanztransaktionssteuer ließen sich die Ausschläge an den internationalen Finanz- und Kapitalmärkten reduzieren und so die Gefahr einer erneuten globalen Rezession verringern. Eine solche Steuer wäre bei jedem Finanzmarktgeschäft fällig und würde vor allem Spekulanten treffen – denn je häufiger ein Investor Wertpapiere kauft und verkauft, desto tiefer muss er in die Tasche greifen. Langfristig orientierte Anleger würden hingegen nur gering belastet. Bereits ein geringer Steuersatz würde dem Fiskus zusätzlich mehrere Milliarden Euro einbringen. Zudem müssen Banken besser kapitalisiert, die Befugnisse und Kontrollmöglichkeiten der Aufsichts- und Regulierungsbehörden ausgeweitet werden. Verflechtungen von Großbanken müssen aufgebrochen, systemische Risiken im Bankensektor minimiert werden.

Quelle:

www.finance-watch.org/de

8) Gegen Kaputtsparpolitik –expansive Impulse für Europa forcieren

Es ist schon hinlänglich bewiesen, dass wir uns nicht aus der Krise herausparen können. Um der europaweit hohen Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken, sind expansive Impulse dringend notwendig. Dabei gibt es eine breite Palette an Investitionsmöglichkeiten, die vom Ausbau des öffentlichen Verkehrs über dringend benötigte Wohnraumschaffung bis hin zum Ausbau der Gesundheits- und Pflegeleistungen reicht.

Beispiel auf nationaler Ebene Ein konkretes Beispiel für Österreich wäre der Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen, wobei nicht nur die akuten Defizite bezüglich Angebot und Qualität behoben, sondern auch beachtliche Beschäftigungs- und Budgeteffekte generiert werden. Mit einer Anstoßfinanzierung von jährlich durchschnittlich 100 Mio. Euro seitens des Bundes für die nächsten vier Jahre, ergänzt um den gleichen Betrag von den Ländern,

könnten laut AK-Berechnungen 14.000 Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden, weitere 2.300 entstehen durch die zusätzliche Nachfrage in anderen Branchen. Je nach Konjunkturverlauf könnten darüber hinaus zwischen 14.000 und 28.000 Eltern einer Erwerbstätigkeit nachgehen, die bislang durch ihre Betreuungspflichten daran gehindert waren. Damit kämen in Summe zwischen 30.000 und knapp 45.000 Menschen zusätzlich in Beschäftigung. Die **Einführung einer goldenen Investitionsregel** schafft die Grundlage für die Staaten, sodass wichtige Investitionen nicht mit dem derzeitig geltenden Maastricht-Defizit in Konflikt geraten.

Beispiel auf europäischer Ebene Wie das Wachstum in Europa organisiert werden kann, legt der DGB-Marshall-Plan dar. Der DGB-Marshallplan für Europa versteht sich als ein, auf 10 Jahre angelegtes Investitions- und Aufbauprogramm für alle 28 EU-Länder. Dieser Plan ist eine Investitionsoffensive von jährlich 260 Milliarden Euro, also zwei Prozent des EU-BIP, soll die Voraussetzung für Wettbewerbsfähigkeit und wirtschaftlichen Erfolg Europas schaffen. Investitionen von jährlich 150 Milliarden Euro in erneuerbare Energien, Netze und energetische Gebäudesanierung senken den EU-Energiebedarf und damit die Brennstoffimporte langfristig um jährlich 300 Milliarden Euro. Gleichzeitig sinkt der CO₂-Ausstoß. 60 Milliarden Euro schaffen eine nachhaltige Verkehrsinfrastruktur und angemessen ausgestattete Krankenhäuser und Schulen in Europa. Zulagen und zinsgünstige Kredite in Höhe von 30 Milliarden Euro könnten private Investitionen in Aufbau und Erhalt industrieller Strukturen fördern, die angesichts von Rezession und Bankenkrise nicht vorankommen.

(Quellen: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/wege-aus-der-krise-im-sueden/> , Budgetanalyse 2016-2019, http://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/familie/Kinderbetreuung_schafft_Arbeit.html , <http://www.dgb.de/themen/++co++985b632e-407e-11e2-b652-00188b4dc422>)

9) Soziale Mobilität und Generationengerechtigkeit verstärken

Thomas Piketty legt in seinem Buch „Kapital im 21. Jahrhundert“ das Argument dar, dass im 21. Jahrhundert Erben für den Vermögensaufbau wieder wichtiger wird als Arbeit. Zusammen mit Vermögen werden auch sozialer Status oder Bildungschancen meist vererbt, was die soziale Durchlässigkeit einer Gesellschaft gefährdet. Britische ForscherInnen kamen jüngst zum Ergebnis, dass sozialer Status sogar eher vererbt wird, als die Körpergröße. In Österreich besuchen lediglich 6 Prozent der Kinder von Eltern mit Pflichtschulabschluss eine Universität, bei Kindern mit Akademikereltern sind es mehr als die Hälfte. Wir fordern Dynamik statt Dynastien, damit die Potenziale einer Gesellschaft genützt werden können und die Lebenschancen von Kindern nicht vom finanziellen Familienhintergrund abhängen.

Quelle:

<http://link.springer.com/article/10.1007/s12110-014-9219-y-no-access=true#CR6>

Die OECD bestätigt in ihrem aktuellen Verteilungsbericht „*In It Together. Why Less Inequality Benefits All*“ die Forderungen nach Investitionen in die Aus- und Weiterbildung, vor allem für die frühkindliche Bildung (Vorschule, Kindergarten). Diese wohlfahrtsstaatlichen Maßnahmen fördern die Chancengleichheit und bieten jedem Kind – unabhängig vom finanziellen Hintergrund der Eltern – die Möglichkeit der freien Entfaltung.

Öffentliche Investitionen in Bildung sind daher dringend nötig. Viele Schulgebäude sind renovierungsbedürftig, auch das Lehrpersonal wird immer stärker belastet. Gute Bildung darf nicht zu einem Luxusgut verkommen. Die OECD stellt fest, dass ein sinkendes Bildungsniveau und wachsende Ungleichheit eng miteinander verknüpft sind. Daher muss der Ungleichheit auch mit öffentlichen Bildungsinvestitionen Einhalt geboten werden. Das Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebot muss ausgebaut werden, um ein lebensbegleitendes Lernen zu ermöglichen. Insbesondere die österreichische und deutsche Wirtschaft, die stark auf Innovation ausgerichtet sind, benötigen gut ausgebildetes Personal. Bildung ist der Rohstoff unserer Volkswirtschaften.

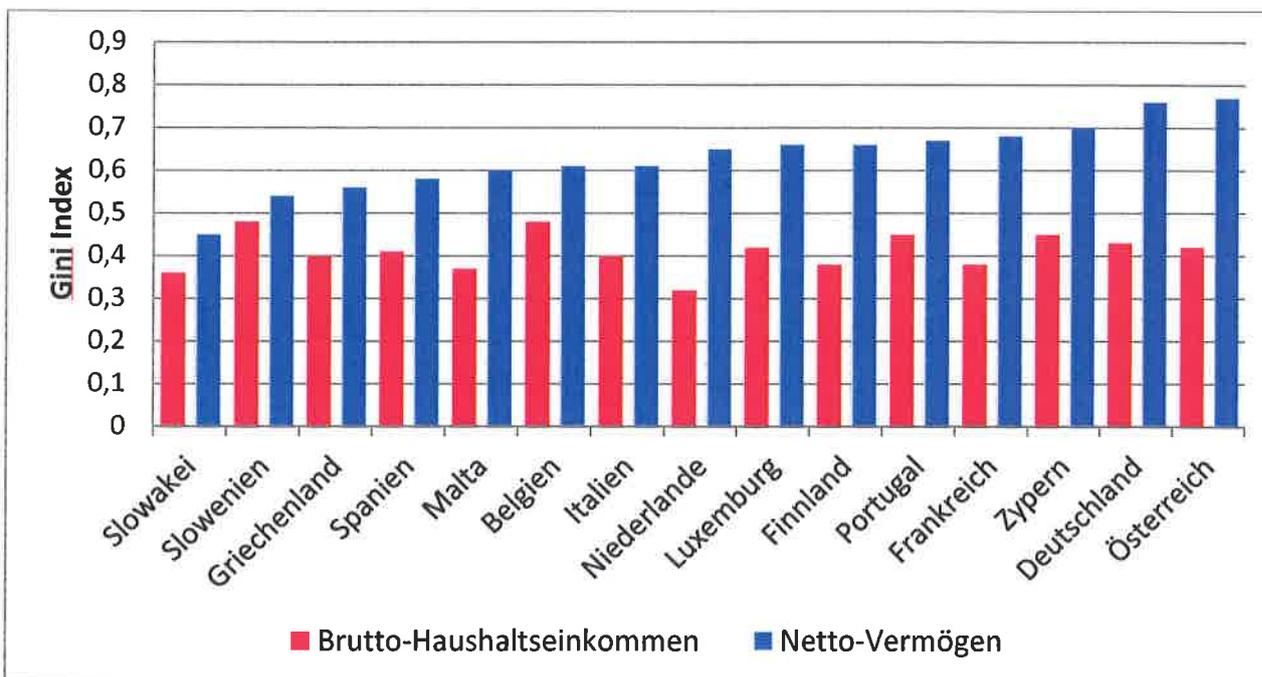
(Quelle: <http://www.oecd.org/social/in-it-together-why-less-inequality-benefits-all-9789264235120-en.htm>)

Generationengerechtigkeit ist kein Verteilungskampf zwischen Jung und Alt. Es braucht einen gezielten Ausbau sozialer Investitionen, anstelle einer Debatte um den Abbau von Leistungen des Sozialstaats. Denn die Folgen des demographischen Wandels lassen sich nur solidarisch bewältigen.

Graphiken

+ Vermögens- und Einkommensungleichheit

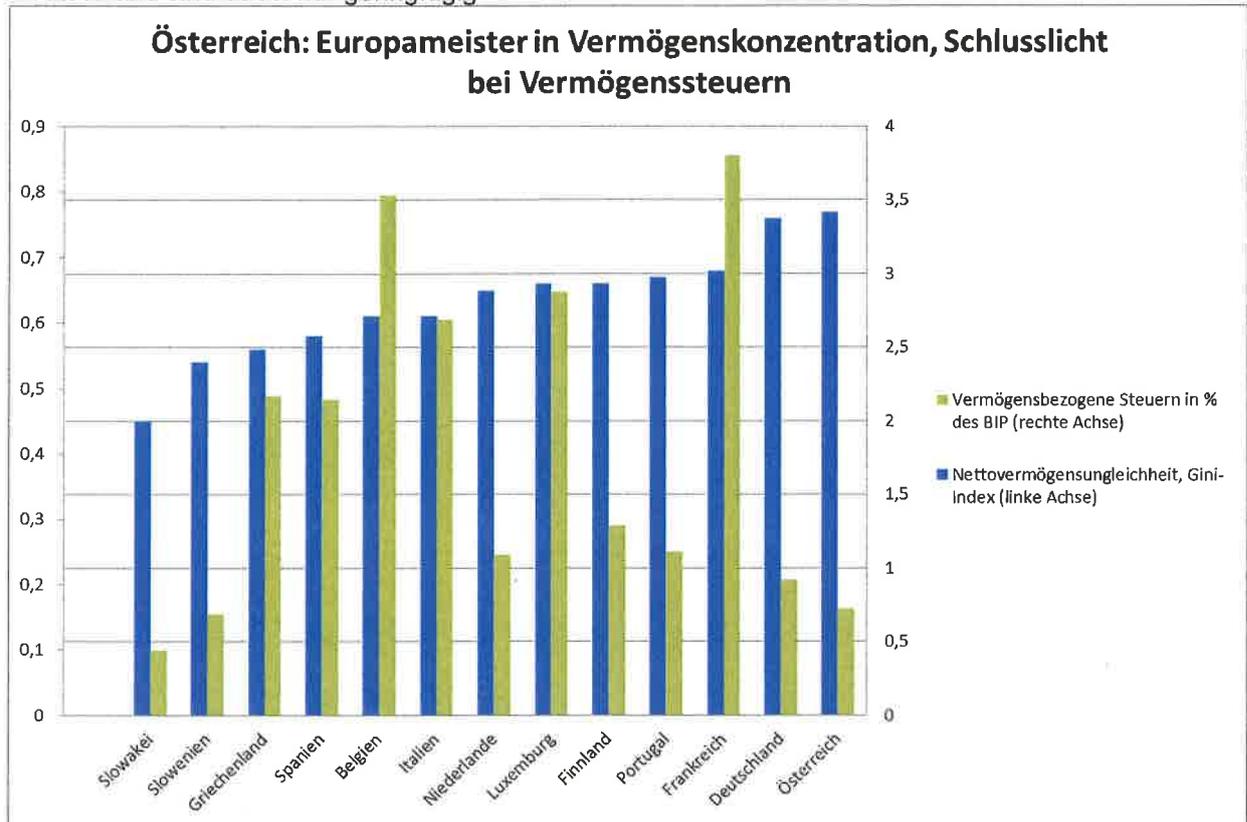
Unterhalb sind die Vermögens- und Einkommensungleichheit abgebildet, gemessen anhand des Gini-Koeffizienten und sortiert nach steigender Vermögenskonzentration. Österreich ist „**Europameister der Vermögenskonzentration**“. Je größer der Wert des Gini-Koeffizienten, je ungleicher das Land. (die Spanne des Gini-Koeffizienten geht von 0=absolut gleichverteilt bis 1=absolut ungleichverteilt). Die Vermögen sind in allen Ländern deutlich stärker ungleich verteilt als die Einkommen.



Quelle: HFCS 2010, Sierminska/Medgyesi (2013), Holzner, Jestl, Leitner (2014)

+ Vermögensungleichheit und vermögensbezogene Besteuerung

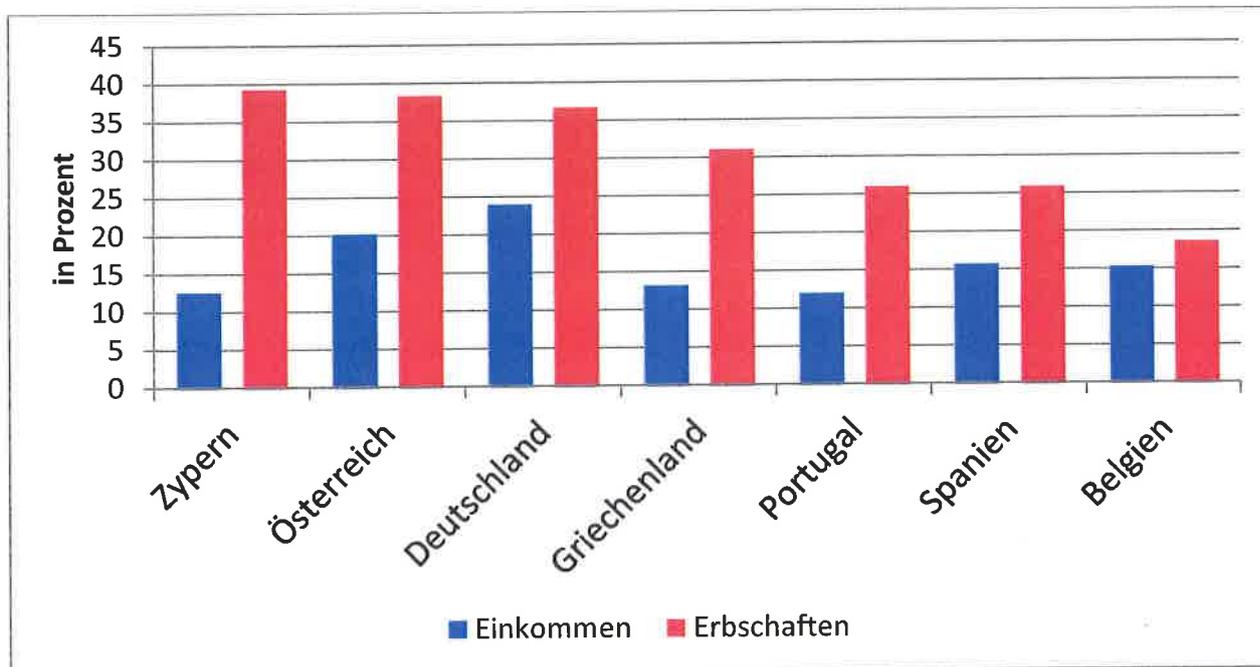
Auch bei der Verteilung von Nettovermögen zeigt sich: In keinem anderen Land ist Vermögen so ungleich verteilt wie in Österreich. Betrachtet man die Besteuerung des Vermögens im OECD-Vergleich, wird zudem sofort klar: Österreich gehört zu den Schlusslichtern. Die Zahlen für Deutschland sind dabei nur geringfügig besser.



Quelle: OECD.stat (aktuellste Daten je Land), HFCS 2010

+ Besteuerung von Erbschaften ist notwendig, um Chancengleichheit herzustellen

Die Grafik bildet zwei der Faktoren ab, die maßgeblich zur Vermögenskonzentration beitragen: Einkommen und Erbschaften. Die Prozentzahlen kann man als Indikator der Relevanz von Einkommen und Erbschaften für die Vermögensungleichheit sehen. Je höher die Prozentzahl, desto stärker trägt der Faktor zur Vermögensungleichheit bei. Wie deutlich sichtbar ist, sind Erbschaften in allen angeführten Ländern ein größerer Treiber der Vermögensungleichheit als Einkommen. In Österreich sind Erbschaften doppelt so relevant wie Einkommen (38% vs. 20%).



Bemerkung: Relative Anteile des Gini-Koeffizienten der Bruttovermögen
Quelle: HFCS 2010, Leitner (2015)